

Ltd. KVD Jaeger wies darauf hin, dass die Streichungen im Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit der Fraktion abgesprochen seien.

Abg. Köhler ergänzte, die Streichungen hätten durch andere Zeilen ersetzt werden sollen. Dies sei im Kreisausschuss missverstanden und nicht richtig umgesetzt worden. Es könne aber nun darauf verzichtet werden. Der Vorschlag der Fraktion der Bündnis 90/DIE GRÜNEN, eine bürgerfreundliche und ortsnahe Entsorgung einzuführen, solle an dieser Stelle nochmals diskutiert werden. Wichtig sei die Vermeidung von zusätzlichen Belastungen der Bürger durch die Erfüllung dieses Gesetzes.

Der Vorsitzende verwies in diesem Zusammenhang auf die von der Verwaltung dargelegten alternativen Lösungswege.

Abg. Müller erklärte, Ziel solle eine sinnvolle und kostengünstige Umsetzung des Gesetzes sein, die den Bürger möglichst ortsnah erreiche. Bei den dargelegten Varianten der Verwaltung seien jedoch die Kostengesichtspunkte noch nicht dargestellt worden. Es wäre aber wichtig, diese Kosten vorab festzustellen. Er habe zudem festgestellt, dass ein Teil der anfallenden Kosten auf die Gebühren umgelegt werden könne. Dies würde wiederum den Gebührenhaushalt belasten. Für ihn persönlich sei die Variante 2 eine günstige Lösung, da diese auf ein bereits bestehendes Konzept zurückgreife. Da es sich um länger lebige Geräte handle, würde eine quartalsweise Entsorgung ausreichen. Diese Vorgehensweise würde seiner Ansicht nach die größte Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Eine abschließende Beurteilung sei zur Zeit aufgrund der fehlenden Zahlen jedoch nicht möglich. Er befürworte eine Entscheidung zu treffen, wenn die entsprechenden Zahlen und Berechnungen vorliegen. Grundsätzlich sei der vorliegende Vorschlag der richtige Weg.

Abg. Albrecht merkte an, dass aus Sicht des Verbrauchers ein komplettes Holsystem die beste Lösung sei. Auch er bemängelte, dass die Verwaltungsvorlage keine konkreten Zahlen enthalte. Die Variante 3 stelle die bürgerfreundlichste, aber auch sicher die teuerste Lösung dar. Daher würde sich auch die SPD-Fraktion grundsätzlich der Variante 2 anschließen. Hierbei sei es aus seiner Sicht am sinnvollsten, wenn die RSAG mit den Kommunen einen festen Anlaufpunkt verhandeln würde. Dies könne z.B. das Rathaus, der Betriebshof oder auch ein privater Betrieb sein. Erst wenn eine solche Lösung unmöglich sei, könne auf die Variante „Schadstoffmobil“ zurückgegriffen werden. Aus den verschiedenen Gründen und vor allem aus Kostengründen, sei die Variante 2 also am ehesten realisierbar, jedoch mit der Prämisse eines festen Anlaufpunktes in jeder Kommune.

SKB Dr. Schwarzlose stellte fest, dass der genutzte Begriff „Megagramm“ im allgemeinen Sprachgebrauch nicht üblich sei. Er regte daher an, dass die RSAG die allgemeinen Standardmaße benutze: Kilogramm und Tonne. Diese würden seiner Kenntnis nach auch in den anderen Branchen genutzt werden. Der Begriff „Megagramm“ sei für den Bürger unverständlich.

Der Vorsitzende schloss sich der Meinung des Herrn Dr. Schwarzlose an.

Frau Decking stellte klar, dass „Megagramm“ Tonnen seien. Der Begriff

„Megagramm“ sei in der Fachsprache standardisiert. Der Begriff Tonne sei eher umgangssprachlich. Die RSAG stelle es jedoch der Verwaltung anheim, die Mengen zukünftig in Tonnen auszuweisen.

Der Vorsitzende sprach sich dafür aus, die Begrifflichkeiten zukünftig zu ändern.

Abg. Schäfer-Hendricks wies auf die im Antrag des Bündnis 90/DIE GRÜNEN genannten Kriterien hin: Es solle eine möglichst große Bürgerfreundlichkeit bei vergleichsweise möglichst geringen Kosten erzielt werden. Unter Abwägung dieser Kriterien komme nur das eingeschränkte Holsystem in Frage. Die erste Variante sei aufgrund der zu geringen Rücklaufquote vollkommen unzureichend und die dritte Variante sei zu teuer. Daher befürworte sie die Variante 2. Wie diese Variante ausgestaltet werde, müsse dann noch geprüft werden.

Abg. Smielick schloss sich der Meinung an, auf eingespielte Systeme, wie in der Variante 2 dargestellt, zurückzugreifen. Er fragte zudem an, ob eine Pilotphase angedacht sei und wie lange es dauern würde, bis der Ausschuss hierüber einen Zwischenbericht erhalte.

Frau Decking teilte hierauf mit, dass eine Pilotphase vorgesehen sei, die im zweiten Quartal 2006 beginne. Hierbei sollen verschiedene Varianten getestet werden, um den jeweiligen Rücklauf sowie die entstehenden Kosten ermitteln zu können. Über diese ersten Erfahrungen könne im dritten Quartal 2006 berichtet werden.

Abg. Köhler merkte an, dass darauf zu achten sei, dass die Kosten der Entsorgung den Herstellern zuzuordnen seien. Dies müsse bei der Umlage der entstehenden Kosten auf den Bürger beachtet werden.

Der Vorsitzende fasste zusammen, dass die Verwaltung beauftragt werde, ein entsprechendes System im zweiten Quartal 2006 zu starten und dem Ausschuss im dritten Quartal einen Zwischenbericht zu erstatten.

Frau Decking erläuterte nochmals, dass die RSAG in den drei verbleibenden Quartalen 2006 die Annahme der Systeme testen werde. Die RSAG wolle pro Quartal in einem Ort eine Abgabemöglichkeit schaffen und so die drei verschiedenen Möglichkeiten testen. Im dritten Quartal könne aber bereits über die Ergebnisse des zweiten Quartals berichtet werden.

B.-Nr. Der Umweltausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, die Verwaltung zu
UA beauftragen, ab dem zweiten Quartal 2006 verschiedene Erfassungssysteme zu
65/04 testen und im dritten Quartal über die ersten Erkenntnisse zu berichten.

Abst.- einstimmig
Erg.: